

Information nach Artikel 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) aufgrund der Erhebung personenbezogener Daten	
Verantwortlicher (Fachbereich/Bereich/Abteilung, Telefon, Email)	Stadt Bochum Der Oberbürgermeister Gesundheitsamt Westring 28/30 44777 Bochum Telefon: 0234/910-2300 E-Mail: gesundheitsamt@bochum.de
#Datenschutzbeauftragte/r (Anrede, Name, Telefon, Email; Postanschrift bei externer/-m DSB)	Frau Grahner, Telefon 0234/910-2052, E-Mail datenschutz@bochum.de
Beschreibung und Umfang der Datenverarbeitung	Die Dokumentation und Speicherung der Daten (z. B. Stamm- und Kommunikationsdaten festgestellte Symptome, Diagnosen, Ihre Schilderungen aus der Lebensgeschichte, ärztliche Befunde, Probleme bei der Lebensbewältigung) erfolgt in Form von Papierakten, teilweise und perspektivisch auch elektronisch. Es erfolgt eine Archivierung der hier eingehenden Post (z. B. Anfragen, Mitteilungen etc.).
Zweck/e der Datenverarbeitung (Nennung der Hauptaufgaben; z.B. Erteilung und Entzug von Fahrerlaubnissen)	Die erhobenen Daten sind für die Organisation der Beratungsstellen, für die fachgerechte Beratung und Erstellung von Stellungnahmen erforderlich sowie für anonymisierte Statistiken der Gesundheitsberichterstattung und dienen damit Ihrer Versorgung im Gesundheits- und Sozialbereich (Art. 9 Abs. 2 h DSGVO)
Wesentliche Rechtsgrundlage/n (sowohl materiell-rechtlich wie auch verfahrens- und datenschutzrechtlich)	Die Datenerhebung ergibt sich aus den gesetzlichen Grundlagen, nach denen das Gesundheitsamt tätig wird, wie hier insb. dem Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst NRW, dem Gesundheitsdatenschutzgesetz NRW den Sozialgesetzbüchern, dem Betreuungsrecht im BGB und dem Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (PsychKG) (Art. 6 Abs. 1 lit. e) und Art. 9 Abs. 2 lit. i) DSGVO i. V. m. §§ 8, 9 PsychKG).
Empfänger und Kategorien von Empfängern der Daten	Alle personenbezogenen Daten unterliegen der ärztlichen Schweigepflicht und werden nur mit ihrer

(im Regelfall)	Zustimmung bzw. zur Erfüllung des gesetzlichen Auftrags an Dritte (z. B. an ihren behandelnden Arzt oder das Sozial- & Jugendamt) weitergegeben. Nur in gesetzlich geregelten Ausnahmefällen (z. B. Gefahrensituationen) dürfen Daten ohne Ihre Zustimmung an Dritte weitergegeben werden.
Dauer der Speicherung und Aufbewahrungsfristen (aus rechtlichen Bestimmungen wie z.B. Kassen-, Handels-, Steuerrecht oder KGSt-Empfehlungen)	Die hier erhobenen Daten und Papierakten werden entsprechend der gesetzlichen Regelungen nach letztem Kontakt im Bereich des Sozialpsychiatrischen Dienstes und im Bereich der Beratungsstelle für behinderte, chronisch kranke und alte Menschen 10 Jahre aufbewahrt und anschließend gelöscht bzw. vernichtet. Im Falle von Unterbringungsmaßnahmen nach dem PsychKG beträgt die gesetzlich vorgeschriebene Aufbewahrungsfrist 30 Jahre.
Quelle der Daten (anderes Fachamt, andere Behörde)	Direkte Erhebung bei den Betroffenen sowie Meldungen von Angehörigen, des sozialen Umfelds, von Einrichtungen, von kommunalen und staatlichen Dienststellen und Gerichten.
Rechte der betroffenen Person (allgemeine Aufzählung, Voraussetzungen)	Betroffene Personen haben folgende Rechte, wenn die gesetzlichen und persönlichen Voraussetzungen erfüllt sind: <ul style="list-style-type: none"> • Recht auf Auskunft über die verarbeiteten personenbezogenen Daten • Recht auf Akteneinsicht nach den verfahrensrechtlichen Bestimmungen • Recht auf Berichtigung unrichtiger Daten • Recht auf Löschung oder Einschränkung der Datenverarbeitung • Recht auf Widerspruch gegen die Datenverarbeitung wegen besonderer Umstände Recht auf Beschwerde an die Aufsichtsbehörde bei Datenschutzverstößen
Zuständige Aufsichtsbehörde (Bezeichnung, Postanschrift, Telefon, Email, Homepage)	Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen Kavalleriestraße 2 - 4 40213 Düsseldorf Tel.: 0211/38424-0 Fax: 0211/38424-999 E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de

